**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 89 (2009)
**Heft:** 966

**Rubrik:** Dossier : Finger weg! : Staat und Familie

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 15.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

(1) Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt
(2) Verhinderungsbüros und Familienbremspolitik
(3) Mehr Freiheit, mehr Kinder
(4) Familie – trotz alledem!
(5) Das neue Familienbewusstsein
(6) Familienpolitik für alle
(7) Dreifachsalto mit Sicherheitsnetz

# Finger weg! – Staat und Familie

«Das ist privat» ist eine häufige Antwort, wenn es um familiäre Fragen geht. Doch wieweit soll das gelten? Wenn hinter geschlossenen Haustüren Familienangehörige misshandelt, Kinder bis zum Hungertod vernachlässigt, Frauen vergewaltigt und demente Verwandte an ihren Betten festgebunden werden, dann muss die Gesellschaft, muss der Staat einspringen. Doch wenn wir das Extrem verlassen? Wann darf der Staat Menschen vor sich selbst und vor anderen schützen? Wo beginnt der intime Bereich, in dem er unter keinem Fall etwas zu suchen hat?

«Mein Bauch gehört mir!», riefen in den 70er Jahren die Frauen, die gegen das Abtreibungsverbot kämpften. «Mein Tod gehört mir!» ist die Variante in der aktuellen Debatte um die Sterbehilfe. Der Staat kontrolliert, ob wir unsere Kinder zur Schule schicken, bestimmt den Lehrplan und die Unterrichtsmittel. Er gibt die Bedingungen vor, unter denen Ehen geschlossen, geführt und wieder geschieden werden. Und seine Behörden geben Empfehlungen ab, was zu den Familienmahlzeiten am besten auf dem Tisch stehen sollte. Es gibt Paragraphen zum Verbot des Kiffens und zum Gebot der Gleichstellung von Frau und Mann. Wie nötig ist all dies?

Hilfe kann rasch in Bevormundung kippen und Schutz zu Zwang mutieren. Es braucht den Staat als Instanz, der unterstützt, wenn man sich selbst nicht helfen kann und alle anderen Beziehungen und Strukturen versagen. Doch darüber hinaus wird es rasch kritisch: «Finger weg!» lautet der Titel unseres Dossiers. «Finger weg von der Familie», soweit und solange wie möglich, damit der Staat limitiert und der Einzelne frei bleibt.

Was das konkret für die heutige Gesellschaft heisst, war Thema der 5. Ideenmesse, die im November 2008 von Avenir Suisse unter dem Titel «Männer, Frauen, Kinder – Staatsaufgabe oder Privatsache?» durchgeführt wurde. Heisst Chancengleichheit, dass sich der Staat um eine umfassende Förderung der Kleinkinder kümmern muss? Muss durch höhere Abgaben erzogen und bestraft werden, wer zuviel raucht, fett isst und sich nicht bewegt? Ist es nötig, dass eine familienfreundliche Politik auf dem Weg staatlicher Massnahmen durchgesetzt wird? Die Beiträge des Dossiers dieser Ausgabe führen die Debatte der Ideenmesse fort.

*Suzann-Viola Renninger*

Mit ausufernden Präventionsmassnahmen nimmt der Staat Einfluss auf eine unbotmässige Jugend und damit auch auf die Familien. Ziel ist der sozialverträgliche Staatsbürger. Die unangenehme Nebenwirkung: je grösser der Anpassungsdruck, desto häufiger kommt es zu Störfällen.

# (1) Ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt

Christian P. Hoffmann

Im Winter letzten Jahres versammelten sich die Gesundheitsminister der EU-Mitgliedstaaten im baden-württembergischen Badenweiler. Es galt, wichtige Beschlüsse zu fassen – vor allem im Hinblick auf das Essen. Nicht etwa das Essen der Konferenzteilnehmer, sondern vielmehr jenes der EU-Bürger. Denn die EU hat der Fettleibigkeit den politischen Kampf angesagt. Dieser Kampf manifestierte sich in einem ehrgeizigen Dreijahresplan: «Ziel sei es, dass sich bis zum Jahre 2010 zehn Prozent mehr Menschen in der EU eine halbe Stunde am Tag sportlich betätigen. Ausserdem soll erreicht werden, dass 20 Prozent der Menschen täglich fünf Portionen Obst und Gemüse essen. Zudem sollen 30 Prozent mehr Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Kantinen und Seniorenheime gesunde Mahlzeiten anbieten.» Aufklärung in Ernährungsfragen ist zwar schön und gut, aber braucht es dafür solche Vorgaben? Die EU auf dem Weg zur Vitamin-Pflicht. Mahlzeit.

Der öffentliche Kampf gegen den Speckbauch macht auch an den Grenzen der Schweiz nicht halt. So berichtete Martin Büechi vom Bundesamt für Gesundheit, anlässlich der 5. Ideenmesse, von den Präventions- und Aufklärungsmassnahmen der Schweizer Bundesregierung. Im Mittelpunkt stehen dort aktuell neben der Krebsprävention vor allem die Herz-Kreislauf-Systeme der Schweizerinnen und Schweizer. Es gelte, die «Gesundheitskompetenz» der Bürger zu stärken – die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft sei ja ein öffentliches Anliegen. Massiv übergewichtige Bürger tragen demnach nicht nur weniger energisch zum Bruttosozialprodukt bei; vor allem fallen sie zusätzlich den Gesundheitssystemen zur Last.

Büechi wies auch darauf hin, dass Übergewicht besonders in sozial schwachen und bildungsfernen Schichten zu beobachten sei. Schnell herrschte unter den Teilnehmern der Veranstaltung daher Einigkeit, dass Gewicht und Gesundheit nicht einfach den Betroffenen überlassen werden könnten. Dank kollektiver Gesundheits- und Invaliditätsvorsorge ist der Bauch im modernen Wohlfahrtsstaat schlicht keine Privatsache mehr. Möglichst früh habe heute der Staat einzugreifen und für einen umsichtigen Umgang mit dem eigenen Körper zu sorgen. Wenn also schon die Eltern den Kindern die Süssigkeiten nicht mehr verbieten, so müsse dies zumindest im schulischen Sportunterricht kompensiert werden. Das feministische «Mein Bauch gehört mir!» hat sich überlebt.

Doch nicht nur die Essgewohnheiten der Jugend geben Anlass zur Sorge. Auch die Jugendgewalt und -kriminalität beschäftigt die Schweizer Behörden. Im Rahmen der Ideenmesse berichtete der Jugendstaatsanwalt Marcel Riesen von der steigenden Zahl verurteilter Jugendlicher. Ein neuartiges Freizeitverhalten, eine veränderte Jugendkultur, eine zunehmende Bedeutung von *peer groups* und ein Kontrollverlust der Eltern könnten die Jugendkriminalität befördern. Wiederum wird den Eltern ein schlechtes Zeugnis ausgestellt – mangelndes Interesse am eigenen Nachwuchs, Überforderung, Defizite in der Sozialkompetenz. Kein Wunder, dass die Sprösslinge bereits im Kindergarten sozial auffällig werden.

Angesichts dessen ist die Verantwortung der öffentlichen Hand für Ordnung und innere Sicherheit evident. Eine umfassende Schulpflicht, ja eine Ausweitung auf eine möglichst früh einsetzende Ganztagesbetreuung erlaubt ein rechtzeitiges Einwirken auf Kinder aus prekären Haushalten. Eine intensive Betreuung durch Sozialarbeit, während und nach der Unterrichtszeit, erlaubt es dem Gemeinwesen, Einfluss auf die Entwicklung der Kinder zu nehmen. Der Sozialarbeiter Franz Kohler warnte eindringlich vor einem Gefühl der Perspektiv- und Nutzlosigkeit unter vielen Jugendlichen. Dieses Gefühl sei oft der Beginn dessen, was später in sozial unverträgliches Verhalten münde.

So lässt sich ein Muster im öffentlichen Umgang mit den Taten und Untaten der heutigen Jugend erkennen. Das sozial auffällige Verhalten

der Individuen wird immer mehr zu einer Belastung für die Allgemeinheit. Ein nachlässiger Umgang mit dem eigenen Körper verkürzt heute nicht mehr nur das eigene Leben – es belastet auch die Geldbeutel der Nachbarn, ja aller Steuerzahler. Auch der Taschendiebstahl oder die Schlägerei im nächtlichen Park verärgert nicht mehr nur die Beteiligten – sie beschäftigen das Polizei-, Justiz- und Bildungswesen bis hin zu den Sozialbehörden.

Dabei verspricht der Wohlfahrtsstaat mit seinen zentralisierten Systemen kollektiver Sicherung dem Bürger vordergründig eine Entlastung von scheinbar überwältigenden persönlichen Verantwortlichkeiten. Herausforderungen wie die Gesundheit, der Drogenkonsum, die Kriminalität oder auch nur die Ausbildung der Jugend machen jedoch schnell sichtbar: in Wahrheit ersetzt der Wohlfahrtsstaat die persönliche Verantwortung nur durch eine diffuse wechselseitige Abhängigkeit. Jeder fühlt sich betroffen von dem, was ein anderer tut. Deshalb glaubt jeder, ein Recht zu haben, dem anderen vorzuschreiben, was er zu tun und zu lassen hat.

Derart interdependente Systeme kollektiver Sicherung können sich nun nicht mehr am subjektiven Wohl vielfältiger Individuen orientieren – sie sind dem angeblichen «Gemeinwohl» verpflichtet. Das Gemeinwohl dient als gemeinsamer Nenner der Ausrichtung und Steuerung kollektiver Verantwortungssysteme. Ihm haben sich individuelle Wünsche und Präferenzen unterzuordnen. Oberste Maxime im modernen Wohlfahrtsstaat sind dabei Sicherung und der Fortbestand der kollektiven Verantwortungssysteme.

Vor dem Hintergrund dieser Orientierung lässt sich die öffentliche Reaktion auf die Entwicklungen und Taten der Jugend einordnen. Der fette Bub stellt ebenso eine Belastung der Verantwortungsgemeinschaft dar wie das rauchende Mädchen. Das Individuum wird zum potentiellen Störfall der kollektiven Sicherungssysteme. Wobei gilt: je umfassender die Sicherungssysteme, desto anfälliger werden sie auf Störfälle in ihren Elementen, den Bürgern.

Daher kann die öffentliche Hand nicht abseitsstehen, wenn sich fastfoodverschlingende und bottelónfeiernde Halbwüchsige verlustieren. Das individuelle Vergnügen stellt eine Gefährdung unzähliger «öffentlicher Güter» dar – der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Gesundheit, nicht zuletzt auch der Wirtschaftskraft. Das Individuum muss rechtzeitig zum sozialverträglichen Wohlfahrtsstaatsbürger erzogen werden. Und welche Institution eignet sich besser für diese Aufgabe als die Staatsschule?

Die Familie wird daher im Wohlfahrtsstaat zur subsidiären Erziehungsinstitution. Das Funktionieren der Bürger kann nicht mehr den unkalkulierbaren Vorstellungen verschiedenster Elternhäuser überlassen bleiben. Die Sozialisation des Individuums im Sinne des Einfügens in die Systeme kollektiver Sicherung wird zur eminenten Staatsaufgabe. Die öffentliche Hand stützt sich dabei auf Kosten-Nutzen-Kalkulationen in Hinblick auf ihre Bürger: je erfolgreicher die frühzeitige Erziehung des Wohlfahrtsstaatsbürgers, desto höher die Einsparungen bei andernfalls erforderlichen späteren Korrekturmassnahmen. Folgerichtig zeigte sich auch der Heilpädagoge Andrea Lanfranchi überzeugt, dass eine fundierte Erziehung schon im Kindergarten, vor allem von Kindern aus prekären Haushalten, der öffentlichen Hand beträchtliche Summen ersparen könnte.

In der politischen Debatte stellen Kinder damit heute ein öffentliches Gut dar. Ein Gut, das einen *return on investment* erwirtschaften kann und soll. Und die Verantwortung für dieses öffentliche Gut fällt dem Staate zu. Die aktuell diskutierte interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule «HarmoS» dokumentiert diese Entwicklung. Danach soll die allgemeine Schulpflicht auf Basis der flächendeckenden Bereitstellung öffentlicher Schulen schon auf Vierjährige angewandt werden. Die Schulkinder sollen in ihren Schulen in den Genuss einer Ganztagesbetreuung kommen. Ja mehr noch, zunehmend sieht sich der Staat in der Verantwortung, Kinderkrippen bereitzustellen. Das öffentliche Schulwesen stellt so eine staatliche Betreuung und Formung der Kinder ab Geburt bis zur Volljährigkeit sicher.

> Das Individuum wird zum potentiellen Störfall der kollektiven Sicherungssysteme.

Die in der öffentlichen Verantwortung für Erziehung und Sozialisation erkennbare Interventionsspirale ist selbstverständlich nicht auf das öffentliche Gut «Kind» beschränkt. Abhängig von den Ausmassen und der Verbreitung des Wohlfahrtsstaates, greift sie auf unzählige weitere Lebensbereiche. Wo immer ein Gemeinwohl entdeckt, ein öffentliches Gut definiert wurde, eskaliert die Verantwortung des Kollektivs für das

Individuum. Staatsphilosophisch gesehen, stellt das Gemeinwohl damit heute die nicht zu bestreitende Legitimation staatlichen Handelns dar. Das individuelle Wohl wird dem Gemeinwohl systematisch untergeordnet.

Martin Büechi vom Bundesamt für Gesundheit versicherte dabei glaubwürdig: die Verwaltung handelt in ihren Aufklärungs- und Erziehungsmassnahmen nicht aus blosser Begeisterung oder Überzeugung. Sie ist nicht in der Lage, sich selbst ein Mandat zu erteilen – die Verwaltung handelt stets nur auf öffentlichen Auftrag. In der Demokratie wird dieser Auftrag, das «Gemeinwohl», durch die Repräsentanten einer Mehrheit der Wähler definiert. Der Wahlakt definiert also jene Ziele, denen sich das Individuum aktuell unterzuordnen hat. Er schreibt die Programme, die den Staatsbürgern von klein auf eingeprägt werden sollen.

Wie Lehrer, Sozialarbeiter und Rektoren bestätigen können, findet sich die Schule damit in einer zunehmend undankbaren Lage. Das Programmieren funktionstüchtiger und sozialverträglicher Wohlfahrtsstaatsbürger stellt keine geringe Herausforderung dar. Insbesondere deshalb, weil der politische Prozess jeden Tag neue Probleme und Gefährdungen des Gemeinwohls entdeckt, die durch frühzeitige erzieherische Prävention in Elementarschule oder gar Kindergarten zu beheben sind. Wie lässt sich schon erkennen, welchen kollektiven Herausforderungen der Zukunft ein heute Vierjähriger anzupassen ist? Wer etwa hätte vor 20 Jahren schon geahnt, dass der sozialverträgliche Wohlfahrtsstaatsbürger heute $CO_2$-neutral zu funktionieren hat? Wer kann versichern, dass auch in 10 Jahren noch die Fettleibigkeit eine Herausforderung unserer Sozialordnung darstellen wird?

Nicht der Mensch ist den öffentlichen Systemen anzupassen, sondern die öffentlichen Systeme dem Menschen.

Im Umgang mit der Jugend scheitert die Schule damit heute auf zweierlei Ebenen: sie scheitert als Mittel der Durchsetzung kollektiver politischer Programme. Sie scheitert jedoch unweigerlich auch als Mittel der Verfolgung undefinierbarer Ziele. Margaret Thatcher sorgte einst mit einer ketzerischen Aussage für Furore: *«There is no such thing as society. There are individual men and women, and there are families. And no government can do anything except through people, and people must look to themselves first. It's our duty to look after ourselves and then, also to look after our neighbour.»* In anderen Worten: mein Wohl ist nicht dein Wohl – das Gemeinwohl als Grundpfeiler der modernen Wohlfahrtsstaaten und ihrer Systeme kollektiver Verantwortung entpuppt sich als Chimäre. Ein undefinierbares Ziel lässt sich jedoch mit keinem Mittel erreichen – auch nicht demjenigen der schulischen Prävention

Mindestens so schwer wiegt jedoch die Tatsache, dass die Bedürfnisse, Wünsche und Ziele der Kinder und Jugendlichen so bunt und vielfältig sind wie die der Staatsbürger. *«One size fits all»* ist daher das Gegenteil einer erfolgversprechenden Bildungspolitik. Die Schule ist nicht der geeignete Ort für die Verfolgung kollektiver politischer Ziele (ob definierbarer oder undefinierbarer). Die Harmonisierung der Sozialisation ist eine Holzhammermethode – sie gleicht dem Versuch, Zahnstocher mit einer Kettensäge zu schnitzen. Ein angemessener und zukunftstauglicher Umgang mit den Herausforderungen der Kinder und Jugendlichen muss vor allem anderen ihre Individualität begreifen und anerkennen. Andernfalls sind die zitierten Gefühle der Perspektiv- und Nutzlosigkeit unvermeidbar.

Jedes Kind sieht sich mit spezifischen Bedingungen, Problemen und auch Möglichkeiten konfrontiert. Jedem Kind ist daher eine andere individuelle Erziehung und Sozialisation angemessen. Eine vielfältige, nonzentrale Institution wie die Familie ist dieser – eben nicht kollektiven, sondern individuellen – Aufgabe eher gewachsen als eine vereinheitlichte Staatsschule. Wenn nun aber eine vielfältige, dynamische, kreative, manchmal auch chaotische und verschlungene Entwicklung individueller Biographien unsere wohlfahrtsstaatlichen Systeme kollektiver Verantwortung belastet und destabilisiert, dann erweisen sich diese Systeme als untauglich – und nicht etwa die Kinder und Jugendlichen. In Frage gestellt werden muss daher schon die Prämisse des zunehmenden Präventions-, Aufklärungs- und Erziehungswahns: nicht der Mensch ist den öffentlichen Systemen anzupassen, sondern die öffentlichen Systeme dem Menschen.

CHRISTIAN P. HOFFMANN, geboren 1978, ist promovierter Ökonom und Projektleiter an der Universität St. Gallen.

Was wäre, wenn alle Gleichstellungsbüros geschlossen würden? Den Frauen ginge es nicht unbedingt schlechter – im Gegenteil. Bericht über eine merkwürdige Gleichstellungspolitik.

# (2) Verhinderungsbüros und Familienbremspolitik

Monika Rosenberg

Die Misere fängt schon beim Begriff an – er ist eine Mogelpackung. Wer von Gleichstellungspolitik spricht, meint nämlich nichts anderes als Frauenförderungspolitik. Weshalb nennt man das Kind nicht bei seinem Namen? Eine Politik, die Frauen fördert, ist grundsätzlich nichts Negatives. Sie ist mindestens so positiv wie eine Politik, die Männer unterstützt.

Als Angehörige der Zielgruppe spürt man indes ein Unbehagen angesichts einer spezifischen Frauenförderungspolitik. Weshalb bedürfen eigentlich die Frauen, die immerhin die Volksmehrheit stellen, besonderer staatlicher Fürsorge? Ist es nicht seltsam, dass die unzähligen Gleichstellungsbüros erst installiert wurden, als die wesentlichen Voraussetzungen für die politische Teilhabe der Frauen bereits verwirklicht waren, nämlich das Frauenstimm- und -wahlrecht, die freie Berufswahl und der freie Zugang zur Bildung? Den Urfeministinnen, die sich für diese fundamentalen Bedingungen der Chancengleichheit eingesetzt haben und dafür zuweilen mit persönlichen Nachteilen bezahlten, gehört unsere Dankbarkeit und unser Respekt.

Im Vergleich zu diesen Wegbereiterinnen unserer heutigen Freiheiten sind die staatlichen Gleichstellungsbüros nichts anderes als eine Bürokratie zur Verteilung von Geldern an Gleichgesinnte. Die Behauptung sei gewagt, dass es der Stellung der Frauen in Gesellschaft, Beruf und Familie weder schaden noch nützen würde, wenn alle Gleichstellungsbüros auf einen Schlag aufgehoben würden. Doch solche Gedankenspiele sind ein politisches Sakrileg. Im Bundeshaus kamen entsprechende Forderungen lediglich von Aussenseitern, die sich um ihren «frauenfeindlichen» Ruf foutierten. Die rund 8 Millionen Franken pro Jahr, die zur Verwaltung der Frauenförderung via eidgenössisches Gleichstellungsbüro eingesetzt werden, gehören mittlerweile zu den Tabus der Budgetpolitik.

Ein kritisches Wort zur Gleichstellungspolitik kann sich höchstens noch erlauben, wer als Frau den Vorwurf mangelnder Geschlechtersolidarität nicht fürchtet. Als ob es an sich positiv wäre, wenn Frauen andere Frauen des blossen Frauseins wegen unterstützen. Wer es wagt, am Sinn der Gleichstellungsbüros zu kratzen, verschliesst deswegen nicht automatisch die Augen vor den Realitäten in Gesellschaft und Arbeitswelt. Sollte es noch Betriebe geben, die den Arbeitnehmerinnen für die gleiche Tätigkeit weniger bezahlen als den Arbeitnehmern, ist das skandalös und vor allem ungerecht. Von einer generellen oder gar systematischen Diskriminierung kann aber kaum mehr die Rede sein, denn die Wirtschaft ist inzwischen nicht nur auf das weibliche Potential angewiesen, sie schätzt es auch. Für junge Frauen ist es deshalb selbstverständlich geworden, sich in der Arbeitswelt durchzusetzen. Zugegeben, wir haben hier die gutausgebildeten Frauen vor Augen. Unqualifizierte Arbeitskräfte haben eher das Potential, ausgebeutet zu werden – seien es nun Frauen oder Männer.

Es fällt denn auch auf, wie gelassen junge Frauen ihre als selbstverständlich empfundenen Freiheiten nutzen, während in die Jahre gekommene Feministinnen immer noch an Fronten kämpfen, die gar nicht mehr vorhanden sind. Kaum eine junge Frau wird noch verstehen, weshalb sie die AHV-Rente früher bekommen sollte als ein gleichaltriger Mann. Schon gar nicht würde sie dafür auf die Strasse gehen. Die Probleme der jungen Frau und ihre Auseinandersetzung mit der Geschlechterrolle beginnen nicht mit dem Rentenalter, sondern mit dem ersten Kind. Als Mutter und Partnerin wird sie sich notgedrungen mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auseinandersetzen müssen. Bei dieser Auseinandersetzung können Krippen und Tagesstätten eine Entscheidungshilfe sein. Das Dilemma der Frauen können aber weder diese Institutionen noch Appelle der Gleichstellungsbüros für eine hälftige Teilung der Hausarbeit lösen.

Man sollte den Mut haben, auch diese andere Realität anzuerkennen: die Gleichstellung von Frau und Mann heisst nicht, dass beide das

gleiche tun müssen. Vielmehr heisst Gleichstellung, dass beide die Wahlfreiheit haben zu tun, was sie tun wollen. Es ist deshalb zu akzeptieren und kein Verstoss gegen die Gleichstellung, wenn auch gutausgebildete Frauen die Mehrfachbelastung durch Erwerbstätigkeit und Mutterschaft nicht automatisch als den alleinseligmachenden Lebensweg betrachten. Vielleicht versuchen sie dennoch, Kinder und Beruf unter einen Hut zu bringen. Vielleicht verzichten sie aber auch auf Nachwuchs, weil sie sich «hindernisfrei» ihrer Arbeit widmen möchten. Und vielleicht kommen sie zum Schluss, dass sie wenigstens einige Jahre uneingeschränkt für die Kinder da sein und deshalb auf eine Erwerbstätigkeit verzichten wollen – wenn dies finanziell überhaupt möglich ist.

All diese Entscheide sind zu respektieren und nicht zu werten, schon gar nicht am Massstab der Gleichstellung. Auch wenn heute die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Hauptinhalt der Gleichstellungspolitik verstanden wird, hat dieses Thema wenig mit Geschlechterdiskriminierung zu tun. Die biologische Sonderrolle der Mutter kann nicht einfach neutralisiert werden, indem man die Väter auffordert, den Abwasch zu übernehmen oder jeden zweiten Tag die Kinder in den Hort zu bringen. Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, dass gerade junge, berufstätige Mütter sich zuweilen fragen, ob sich die Mehrfachbelastung, bei gleichzeitigem schlechten Gewissen den Kindern gegenüber, tatsächlich lohnt. Bezahlen sie nicht einen zu hohen Preis für die sogenannte Gleichstellung?

Damit wären wir bei einem weiteren Tabu: es könnte sein, dass die Gleichstellungspolitik die «falschen» Frauen zur Mutterschaft verleitet.

Die Zauberformel zur Entschärfung des Dilemmas zwischen Beruf und Familie heisst Teilzeitarbeit. Die Forderung nach vermehrten Teilzeitstellen wird unisono von Gleichstellungsbüros, Parteien, Frauenverbänden und den erst schwach organisierten Vätern erhoben. Theoretisch leuchtet es ein, dass Eltern mit zwei Teilzeitjobs das Ideal der Gleichstellungspolitik weitgehend erfüllen. Wenig Gedanken macht man sich vorläufig über die praktischen Auswirkungen von Teilzeitarbeit, etwa die Feminisierung gewisser Berufe. Dieser Trend ist beispielsweise bei den Lehrern zu beobachten. Die Folge ist, dass die Schüler von einer Vielzahl von Lehrerinnen betreut werden und männliche Vorbilder wie auch die Kontinuität des Klassenlehrers weitgehend verschwunden sind. Auch die Medizin wird immer weiblicher. Die zunehmenden Teilzeitstellen in der Ärzteschaft könnten, so positiv der Trend allgemein gewertet wird, zu einem Qualitätsproblem werden. Es geht nicht darum, dass Frauen schlechtere Ärzte wären. Es geht darum, dass es gerade in der Medizin wichtig ist, Erfahrungen mit möglichst vielen Fällen beziehungsweise Patienten zu sammeln. Wer «nur» in Teilzeit arbeitet, bringt es logischerweise auf geringere Erfahrungswerte. Eine Chirurgenstelle dürfte deshalb auch in Zukunft kaum als Teilzeitjob angeboten werden.

Neben den Forderungen nach Teilzeitarbeit haben auch Forderungen nach finanziellen Anreizen für Familien Konjunktur. Abgesehen davon, dass die Förderung der Geburtenrate mittels pekuniärer Geschenke ans Unanständige grenzt, ist auch die Gefahr von Fehlanreizen nicht von der Hand zu weisen. Und damit wären wir bei einem weiteren Tabu: es könnte sein, dass die Gleichstellungspolitik die «falschen» Frauen zur Mutterschaft verleitet. Die Statistik und auch die Familienpolitiker wissen es eigentlich, doch offen darüber diskutiert wird nicht. Über die Tatsache nämlich, dass gutausgebildete Frauen immer weniger und Frauen aus «bildungsfernen» Schichten immer mehr Kinder gebären. Aus der kurzsichtigen Fixierung auf eine höhere Geburtenrate könnte letztlich eine langfristige Veränderung der Gesellschaft resultieren.

Gutgemeint ist halt nicht selten das Gegenteil von gut. Die Sprache – das Feld, auf dem die Gleichstellungsbeauftragten am brutalsten gewütet haben – ist ein treffendes Beispiel dafür. Die Verwechslung des grammatischem Genus mit biologischem Sexus ist ein Akt höheren Blödsinns – schliesslich kann eine Geisel durchaus auch ein Mann sein. Die permanente und penetrante Nennung der weiblichen Formen führt zudem zu Stilblüten der absurden Art, wie beispielsweise den am Radio gehörten «Wöchnerinnen und Wöchnern». Sie kann die Frauen aber auch direkt benachteiligen. Wer von einer Spitzenjuristin sagt, sie sei die beste aller Richterinnen, tut ihr kaum einen Gefallen. Das würde ja heissen, dass sie nur noch von den männlichen Kollegen überragt wird. So war die Gleichstellung definitiv nicht gemeint.

MONIKA ROSENBERG, geboren 1947, ist Bundeshausredaktorin der Neuen Zürcher Zeitung.

Wir brauchen Kinder. Deshalb braucht es eine Familienpolitik – wenn auch eine andere als die, die wir kennen.

# (3) Mehr Freiheit, mehr Kinder

Suzette Sandoz

Warum es verschweigen? Ich verabscheue den Ausdruck «individuelle Rechte». In meinen Augen steht er für die Schieflage, in die unsere Gesellschaft geraten ist, in der ein fast zur Religion erhobener Individualismus die menschlichen Beziehungen ruiniert und die Fähigkeit zu gemeinschaftlichem Leben gefährdet. In der Tat: wer ununterbrochen darauf pocht, seine individuellen Rechte respektiert zu sehen oder mit neuen ausgestattet zu werden, ist im allgemeinen egozentrisch. Er übersieht leicht, dass seine Rechte nur verbunden mit der Pflicht existieren, die Rechte der andern zu achten. Doch «Pflicht» ist ein schauderhaft vorgestriges Wort.

Den individuellen Rechten ziehe ich bei weitem die individuellen Freiheiten vor, und zwar, erstens, weil philosophisch gesehen, in der Freiheit Verantwortung enthalten ist. Es kann individuelle Rechte ohne entsprechende individuelle Pflichten, es kann jedoch keine Freiheit ohne Verantwortung geben. Verantwortungslose Freiheit ist eine Form des Grössenwahns. Und der Wahnsinnige ist nicht frei.

In jeder Gesellschaft herrscht die ständige Versuchung, die individuellen Freiheiten durch individuelle Rechte zu ersetzen; denn die Ausübung der Rechte kann überwacht und der Kampf gegen deren Missbrauch einer Gewalt, also dem Staat überantwortet werden. Und dieser braucht dazu lediglich eine effiziente Polizei und genügend Gerichte.

Die Ausübung der individuellen Freiheiten ist viel subtiler. Sie verlangt vom Menschen die Beherrschung seiner selbst, und es ist genau die der Freiheit immanente Verantwortung, die dabei ins Spiel kommt. Der Staat kann dann teilweise von seinem Kampf gegen Missbräuche entbunden werden, vorausgesetzt, der einzelne sei tatsächlich frei und man werfe nicht Rechte und Freiheiten durcheinander.

Die Fähigkeit, mit der Freiheit umzugehen, setzt eine anspruchsvolle Erziehung voraus. Es ist sehr viel einfacher, die individuellen Rechte zu lehren als die individuellen Freiheiten. Für die Freiheiten bedarf es einer Lehre der Achtung der Person des anderen und seiner eigenen – einer Lehre, die für den Meister ebenso anspruchsvoll ist wie für den Schüler; denn sie beruht hauptsächlich auf dem Beispiel und verlangt eine absolute Deckungsgleichheit zwischen dem, was der Meister vertritt und dem, was er tut. Unter «Meister» verstehe ich Eltern, Lehrer, Arbeitgeber, Behörden, jeden nach Funktion oder Alter «Vorgesetzten».

Ich glaube an die grundlegende Gleichheit zwischen Mann und Frau – ihre Gleichheit als Personen, Gleichheit ihrer Potentialitäten, Gleichheit in der Fähigkeit zum Guten und zum Bösen. Gleiches Gewicht aber lege ich auch auf ihre Unterschiede, die bereichernd und notwendig sind – Unterschiede der Sensibilität manchmal, Unterschiede in der Art der Wahrnehmung der Dinge, der Art, mit Problemen fertigzuwerden. Genau diese Unterschiede sind der Ausdruck individueller Freiheit. Sie sind es, die das Postulat gemischtgeschlechtlicher Zusammensetzung gewisser Entscheidungsträger rechtfertigen – nie aber eine Quotenregelung; denn Quoten sind seichteste Arithmetik, während die Unterschiede zwischen Mann und Frau eine Sache der Werte sind, von der ich jedoch nicht glaube, dass sie als solche eine unterschiedliche prinzipielle Rollenzuteilung zwischen Mann und Frau rechtfertige.

Dagegen gibt es einen rein objektiven Unterschied, der unter Umständen eine unterschiedliche Rollenverteilung zu begründen vermag. Er betrifft die Zeugungsfähigkeit, und auf diesen Punkt möchte ich etwas eingehender zu sprechen kommen. Die Frauen haben in unserer westlichen Gesellschaft einen beträchtlichen Vorteil gegenüber den Männern: sie können – theoretisch – «wählen» zwischen einer Karriere und einer Familie. Ich sage ausdrücklich «theoretisch»; denn die Wahl wird eingeschränkt: durch wirtschaftliche Realitäten, durch den Markt, soziale Zwänge, die allgemeinen Lebensumstände. Aber in Wirklichkeit besteht die Wahl dennoch.

Es gilt, sich bewusst zu machen, dass diese Wahl für viele Frauen eine grosse Belastung darstellt. In der Tat, nach Jahren der Ausbildung oder des Studiums, oder bei Aussicht auf eine interessante Karriere, ist der Wunsch natürlich und verständlich, den eingeschlagenen Beruf weiterzuführen. Doch das Berufsleben nimmt keine Rücksicht auf die Anforderungen an die Verfügbarkeit der Frau, die von einer Familie – und ganz besonders von der Mutterschaft – ausgehen. Dabei aber kann nun die Frau, im Gegensatz zum Mann, nicht hoffen, über ein bestimmtes Alter hinaus zeugungsfähig zu bleiben, und die Phase ihrer Fruchtbarkeit fällt ausgerechnet mit der Periode zusammen, während der man sein Berufsleben aufbaut. Hier liegt eine spezifische Besonderheit der Frau, die sich nicht wegdiskutieren lässt – ein wirkliches gesellschaftliches Problem. Und man komme nun nicht mit der Behauptung, es sei doch keine Sache, Kinder in die Welt zu stellen und sich dann halt entsprechend zu organisieren, oder die Kinder in einer Krippe abzugeben, bei Tagesmüttern; oder halt etwas später im Leben zu medizinisch unterstützten Zeugungsmethoden zu greifen. Nein! Das Kind ist nicht ein Luxusartikel, den man sich leistet und dann in eine Vitrine stellt. Es braucht Eltern, möglichst noch junge und solche, die bereit sind, dem Kind den Vorrang vor beruflichen Ambitionen zu geben.

Die Zeugungsunfähigkeit über ein gewisses Alter hinaus ist der einzige Unterschied, aus dem sich Rollenunterschiede zwischen Mann und Frau herleiten liessen.

Nach meiner Ansicht ist die Zeugungsunfähigkeit über ein gewisses Alter hinaus der einzige – ein rein objektiver – Unterschied, aus dem sich Rollenunterschiede zwischen Mann und Frau herleiten liessen. Auf dem Gebiet der Familienpolitik müsste ihm somit eine grundlegende Bedeutung zugemessen werden.

Die Gesellschaft bedarf der Kinder, um sich in die Zukunft zu projizieren. Sie bedarf ferner solcher Kinder, die fähig sind, kompetente und verantwortungsbewusste Erwachsene zu werden, um derart zur Entwicklung und Entfaltung der menschlichen Gemeinschaft beizutragen. Dagegen zerstört sich die Gesellschaft, wenn es nicht mehr genügend Kinder gibt oder wenn jene, die in sie eintreten, egoistisch bleiben, schwach, feige, unausgeglichen, unwissend oder unverantwortlich.

Die Familienpolitik dreht sich folglich um die Suche, wie der Gesellschaft zu den besten Kindern – zukünftigen Erwachsenen – zu verhelfen sei, deren sie für ihre Existenz und ihren Fortschritt bedarf. Dazu ist als erstes ein Grundrahmen festzulegen. Dieser muss stabil und der Fortpflanzung förderlich sein. Auf die Gefahr hin, als hoffnungslos verzopft zu gelten, behaupte ich also, dass die Ehe die Grundbedingung ist und dass eine ihren Namen verdienende Familienpolitik mit dem Schutz der Ehe beginnen muss, was sie in unserer Gesellschaft nun aber gerade nicht tut, nachdem diese die Ehe und gleichgeschlechtliche Paare gleichermassen schützt. Was passiert ist, ist passiert. Aber man muss sich der Tatsache stellen, dass man mit dem Gesetz über die eingetragene Partnerschaft, das den Partner gleichen Geschlechts dem Ehepartner gleichstellt, die erste Säule der Familienpolitik in Trümmer gelegt hat.

Ausgehend von der Ehe als Rahmen, müsste die Familienpolitik den verheirateten Paaren – mit Kindern oder ohne – einen speziellen Status zuerkennen, der günstiger zu sein hätte als derjenige aller anderen Paare (gleichgeschlechtlichen oder Konkubinaten) oder der Ledigen, in steuerlicher Hinsicht in erster Linie, und dann auch bezüglich der Sozialversicherungen. In dieser Beziehung ist die für die Alters- und Hinterlassenenversicherung gewählte Lösung nicht zufriedenstellend, insofern als die Ehepartner zusammen Anrecht auf lediglich anderhalb Renten haben, selbst wenn jeder von ihnen genügend Beiträge für eine volle Rente eingezahlt hat. Diese «Bestrafung» wird vom Vorteil nicht korrigiert, den die Befreiung von Beitragsleistungen darstellen kann, die demjenigen Ehepartner zugestanden wird, der selbst keine gewinnbringende Tätigkeit ausübt, dessen Partner jedoch das Äquivalent eines doppelten Beitrages entrichtet.

Es versteht sich auch von selbst, dass die Besteuerung, unabhängig vom Ehestand, jeden Elternteil mit abhängigen Kindern bevorzugt behandeln müsste.

Einer der interessantesten Punkte der Familienpolitik ist ohne Zweifel derjenige, der mit dem zeugungsfähigen Alter der Frau und mit der Zuständigkeit für die Erziehungsaufgaben in der Familie zu tun hat. Es ist dies ein Gebiet, auf dem die öffentliche Hand und die Wirtschaft zusammenarbeiten können. Es geht beispielsweise darum, die Bedeutung und den Wert der

den Kindern gewidmeten Zeit und den Wert der Erfahrung anzuerkennen, die in den der Familie gewidmeten Jahren erworben wurde. Eine solche Anerkennung setzt einerseits eine Modifikation der Zulassungsbedingungen zu gewissen Berufen voraus, und anderseits die Unterstützung bei beruflicher Wiedereingliederung, wenn die Kinder einmal aus dem Gröbsten heraus sind. In diesem Zusammenhang liessen sich steuerliche Anreize zugunsten von Firmen denken, die zu einer Wiedereingliederung tatkräftig Hand bieten.

Bei vielen Firmen gibt es Betreuungseinrichtungen für die Kleinkinder ihrer Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter, was sicherlich eine prima Sache ist. Hingegen bin ich kein Fan öffentlicher Kinderkrippen. Es wäre weit normaler, dass die Eltern eine private Krippe ihrer eigenen Wahl bezahlen und dann eine Pauschale von den Steuern absetzen könnten. Es steht ausser Zweifel, dass die Anzahl alleinerziehender Mütter ein Problem bildet. Das «Recht» auf einen Krippenplatz stellt jedoch keineswegs eine individuelle Freiheit dar, ganz besonders dann nicht, wenn der Bedarf das Resultat der mütterlichen Entscheidung ist, ein vaterloses Kind in die Welt zu setzen; denn dies ist eine Art Verantwortungslosigkeit dem Kind gegenüber. Familienpolitik ist nicht dazu da, solcherlei Egoismen zu unterstützen. Aber anderseits versteht es sich, dass man sich nicht auf Gewissensprüfungen oder Checks der Lebensumstände einlassen noch das Kind für die Lebensphilosophie seine Mutter büssen lassen kann.

Offensichtlich gesellt sich zur Fortpflanzungsproblematik das Problem der wachsenden Anforderungen an den persönlichen Einsatz im Beruf. Ob Mann oder Frau – wer einer verantwortungsvollen Beschäftigung nachgeht, von dem wird erwartet, dass er sich dafür mit Leib und Seele einsetzt. Wie also auch noch Zeit für die Familie erübrigen? Die Wirtschaft ist aufgerufen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Wieviele Paare brechen nicht auseinander, weil keiner der beiden Partner Zeit für den anderen hat? Die Arbeitgeber sollten, im Rahmen des überhaupt Möglichen, Hand zu flexiblen Arbeitszeiten oder zu Teilzeitarbeit bieten.

Die Familienpolitik ist kein Allheilmittel für alle Probleme. Sie setzt voraus, dass sie auf den in einer Gesellschaft gültigen Werten beruht. Wenn nun diese Gesellschaft nur noch die individuellen Rechte hochhält, dann kann folgerichtig jedermann soziale Infrastrukturen fordern, die ihm oder ihr gestatten, Karriere zu machen, und gleichzeitig verlangen, dass der Staat für die Kinder aufkommt, die er daneben auch noch braucht. Man trennt dann systematisch die Eltern- von der Gattenfunktion, man negiert die Bedeutung der Ehe, man straft die Eheleute steuerlich oder sozial und behandelt sie nur noch wie Einzelpersonen. Auf der beruflichen Ebene verlangt man einen hundertprozentigen Einsatz in der Arbeit. In einem strikten Nebeneinander, vielleicht unter demselben Dach, laufen dann Eltern und Kinder die Gefahr völliger Entfremdung, wenn nicht gar der Rivalität bei der Suche nach ein wenig Zuneigung oder Zuwendung. Das Problem ist viel ernster, als man gerne glauben möchte. Es spiegelt die Vergötzung der individuellen Rechte anstelle der Hochachtung vor den individuellen, mit dem Sinn für Verantwortung verbundenen Freiheiten. Und damit sind wir wieder am Anfang unserer Betrachtungen angelangt.

*aus dem Französischen von Reinhart R. Fischer*

SUZETTE SANDOZ, geboren 1942, ist emeritierte Professorin für Familien- und Erbrecht der Universität Lausanne.

Inserat «ea verlag» 153mm x 57mmm

Die Familie widersteht der Rationalisierung des Lebens. Wie sehen Familienmodelle aus, in denen das Schöpferische über das Zerstörerische obsiegt?

# (4) Familie – trotz alledem!

Dieter Thomä

Der leichtfertige Umgang mit natürlichen und finanziellen Ressourcen trübt die Stimmung in der Gegenwart und wirft lange Schatten auf die Zukunft. Und doch ist damit ein Urwort, mit dem der ungebremste kapitalistische Tatendurst umschrieben worden ist, noch nicht zum alten Eisen geworden: das Wort von der «schöpferischen Zerstörung», der *creative destruction*, das der Ökonom Joseph Alois Schumpeter in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in die Welt gesetzt hat.

Wenn sich das moderne Leben in einem fortwährenden Verwandlungs- und Erneuerungsprozess befindet, dann ist es einfach unvermeidlich, dass Bestehendes in Frage gestellt und abgeschüttelt werden muss. John Dewey, der grosse Philosoph und Verfechter eines sozialen Liberalismus in den USA, schrieb schon im Jahre 1922: *«Das Leben setzt sich nur fort, indem es sich erneuert.»* Recht hat er.

So muss auch immer wieder neu geprüft werden, welche Effekte die Dynamik moderner Gesellschaften auslöst, wie sie bewertet und gesteuert werden sollen. Dabei sind die Chancen und Risiken, die die schöpferische Zerstörung für die verschiedenen Bereiche des sozialen Lebens bereithält, nicht gleichmässig verteilt. Joseph Schumpeter hat dies erkannt, doch sind die Einsichten, die sich zu dieser Frage in seinem Werk finden, weit weniger bekannt als seine These von der «schöpferischen Zerstörung». Es lohnt sich, sie in Erinnerung zu rufen.

Bei seinem Versuch, die Transformation des sozialen Lebens nachzuzeichnen, stösst Schumpeter auf einen Bereich, bei dem die Effekte der «Zerstörung» und «Zersetzung» diejenigen des «Schöpferischen» doch überwiegen. Dieser Bereich ist das familiäre Leben. Die *«Rationalisierung des gesamten Lebens»* führe, wie Schumpeter meint, zu einer «Auflösung» der Familie. *«Sobald Männer und Frauen die utilitaristische Lektion gelernt haben»*, können sie demnach keinen Sinn mehr darin sehen, *«die schweren persönlichen Opfer»* auf sich zu nehmen, *«welche Familienbindungen und namentlich Elternschaft unter modernen Bedingungen mit sich bringen»*. Entsprechend versuchen die Menschen, sich den drohenden finanziellen Lasten zu entziehen; sie fürchten auch den *«unmessbaren Verlust an Behaglichkeit, an Sorgenfreiheit und an Möglichkeiten, andere Dinge von zunehmender Anziehungskraft und Mannigfaltigkeit zu geniessen»*. *«In den Köpfen mancher potentieller Eltern»* regt sich die Frage: *«Warum sollten wir unsere Wünsche stutzen und unser Leben arm machen, um in unserem Alter beleidigt und verachtet zu werden?»* Diese Frage ist heute gar noch aktueller als zu Schumpeters Zeiten.

Besorgniserregend ist die «Auflösung» der Familie nach Schumpeter deshalb, weil damit ein «Pfeiler» bröckelt, auf den sich die «kapitalistische Ordnung» stützen muss, wenn sie richtig funktionieren soll. Es ist ein Pfeiler, der, wie Schumpeter betont, «aus ausserkapitalistischem Material» besteht. Bei diesem Material handelt es sich, genau genommen, um den sozialen Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, um das Auffangnetz, in dem die Individuen Rückhalt finden, und um das Schmiermittel, mit dem der Gang der Generationen flüssig bleibt. Von Schumpeter können wir die kostbare Einsicht übernehmen, dass wir nicht stillschweigend davon ausgehen können, die Familie würde im weichen Kern der Gesellschaft einfach unbehelligt, unverändert weiter funktionieren, während sonst alles umgebaut und umgestürzt wird. Kostbar ist auch seine Einsicht, dass gerade die wirtschaftliche Ordnung von Voraussetzungen abhängig bleibt, die sie nicht einfach selbst, gewissermassen aus dem Handgelenk, reproduzieren kann. Jenseits der Wirtschaft, im privaten Leben, sind Kräfte am Werk, die ganz eigenen Regeln folgen und deren Dynamik ganz andere Formen annimmt als man dies aus der ökonomischen Nutzenmaximierung kennt.

Daraus ergibt sich direkt die Frage, wie es nun um die Transformation der Familie in der Moderne bestellt sei. Schumpeter selbst zeichnet hier, wie wir gesehen haben, ein eher düsteres Bild: er sieht weniger das Potential zur Verwandlung als vielmehr die Gefahr der «Zersetzung» und «Auflösung» der Familie.

Wenn man auf die letzten fünfzig, sechzig Jahre zurückblickt, wird man Schumpeter bei seiner Analyse nicht geradewegs beipflichten. Immerhin ist die Familie, wie man weiss, in der Zwischenzeit nicht ausgestorben. Der erste Grund dafür liegt auf der Hand: es hat sich in den Nachkriegsgesellschaften zunächst eine Arbeitsteilung eingespielt, wonach die wirtschaftliche Dynamik des ökonomischen Individualismus Sache der Männer ist, das familiäre Leben dagegen den Frauen zugeschlagen wird. Diese Arbeitsteilung hat nun aber doch prekäre, fragile Züge.

Erkennbar werden sie zuerst einmal an der explosionsartig ansteigenden Zahl alleinerziehender Mütter in westlichen Ländern. Wie auch immer diese Zahl zustande kommt – die Männer, die sich einfach aus dem Staub machen, haben daran sicherlich einen wesentlichen Anteil. Kann man es gutheissen, dass es ihnen äusserlich immer leichter gemacht wird und innerlich immer leichter fällt, die *exit option* zu wählen? Die Anreize der Individualisierung führen hier zu schnellen Entschlüssen mit kaum übersehbaren, schmerzlichen Folgen.

In jüngerer Zeit mehren sich nun aber auch die Signale, dass jene Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau grundsätzlich in Frage gestellt wird. Diese Signale kommen einerseits von der Frauenbewegung, die die stärkere Beteiligung der Frauen am Berufsleben vorangetrieben hat, anderseits aus der Wirtschaft, die gerade auch angesichts der demographischen Entwicklung die Frauen stärker in die Erwerbstätigkeit einbinden will.

Es ist plausibel, dass Frauen sich bei ihren Lebenszielen nicht auf das private Leben in der Familie einschränken lassen wollen. Interessant ist nun, dass sie Rückendeckung von der Wirtschaft bekommen. So enthält der kürzlich neu veröffentlichte, breit anerkannte «Innovationsindikator» des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung eine Teilwertung zur «Haltung zur beruflichen Partizipation von Frauen»; ihr wird grosses Gewicht bei der Beurteilung der «Veränderungskultur» eines Landes zugesprochen. Die Schweiz, die auf der Rangliste dieses «Innovationsindikators» insgesamt den stolzen dritten Platz belegt, rangiert in dieser Sonderwertung übrigens nur auf dem 13. Platz unter 17 verglichenen Industrieländern: vor Österreich, Japan, Italien und Korea.

Es liegt auf der Hand, dass die Integration der Frauen ins Berufsleben massive Auswirkungen auf das private Leben in der Familie hat. Bedeutet dies, dass die Frauen sich nun auch das Kosten-Nutzen-Kalkül zu eigen machen, das die Männer in der Berufswelt durchgesetzt haben? Oder suchen Männer und Frauen gleichermassen eine neue Balance zwischen Beruf und Familie? Die politischen Bewertungen dieser Entwicklung fallen äusserst gegensätzlich aus; längst sind sie nicht mehr dem alten Muster von Rechts und Links verpflichtet.

Wenn Feministinnen und Wirtschaftsführer an einem Strick ziehen, dann darf man davon ausgehen, dass sich die von ihnen favorisierte Entwicklung in Zukunft verstärken wird. Damit stellt sich nun aber verschärft die Frage nach der Transformation (Auflösung? schöpferischen Zerstörung? Neuerfindung?) der Familie. Zwei verschiedene Szenarien zeichnen sich am Horizont ab.

Nach dem ersten Szenario führt diese Entwicklung zu einer allseitigen Professionalisierung des Lebens, also zu einer Gesellschaft, die am Ende nur noch aus Individualisten besteht, denen das Leben mit Kindern nicht ins Beuteschema passt. Der massive, über Jahrzehnte stabile Rückgang der Geburtenraten, der in den meisten westlichen Ländern zu beobachten ist, kommt nicht von ungefähr. Gerade bei gutausgebildeten Frauen ist dieser Rückgang bekanntlich besonders stark. In der «Neuen Zürcher Zeitung» erklärte die Journalistin Claudia Wirz, ein liberaler Staat solle sich gefälligst damit abfinden, dass die Bürger als «Souverän» das «Recht» wahrnehmen, «durch ihr Verhalten ihr eigenes Aussterben zu beschliessen, sofern sie das wollen».

> Sobald Männer und Frauen die utilitaristische Lektion gelernt haben, sehen sie keinen Sinn mehr, schwere persönliche Opfer auf sich zu nehmen.

Stolz, geradezu dickköpfig wird hier die individuelle Freiheit verteidigt, aber seltsamerweise klingt die Frage überhaupt nicht an, welche äusseren Umstände und inneren Antriebe dazu führen, dass die Menschen nun auf dieses «Verhalten» verfallen. Statt mit scheinbar grosszügiger Geste den Zeugungs- und Gebärstreik zu verteidigen, sollte man den massiven Einfluss zur Kenntnis nehmen, den gesellschaftlich forcierte Lebensmodelle auf individuelle Wünsche ausüben. Sie bringen es mit sich, dass manche die Familie eher als Hemmschuh denn als Möglichkeit zur Abrundung oder gar Vervollkommnung des Lebens se-

hen. Es kommt zu einem inneren Mobbing gegen das Elternsein. Der ökonomische Individualist steht vor dem Gedanken, ein Leben mit Kindern zu führen, wie vor einem Störenfried. In seinem Lebensmodell ist diese ablehnende Haltung fest (sozusagen «werkseitig») eingebaut. Ob man dies als «Innovation» bewundern soll, wage ich zu bezweifeln.

Das zweite Szenario zielt nicht auf die fortschreitende Individualisierung, die am Ende wirklich in der von Schumpeter prognostizierten «Auflösung» der Familie gipfeln könnte, sondern auf eine Verwandlung der Familie. In ihr sind Männer- und Frauenrollen gleichermassen neu zu bestimmen. Wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – für Frauen und für Männer – den Sprung von der Sonntagspredigt in die Werktagswirklichkeit schüfe, dann würde sich auch das gemeinsame Leben von Männern und Frauen mit Kindern verändern. Der Konflikt zwischen Lebenszielen, der unter herkömmlichen Bedingungen oft auf eine Entscheidung zwischen Beruf und Familie hinauslief, könnte auf diese Weise seine Schärfe verlieren. Das ist keine Privatangelegenheit der Betroffenen; hier steht die Lebensfähigkeit der ganzen Gesellschaft auf dem Spiel. Entsprechend sind auch Politik und Wirtschaft gefordert. Ich verhehle nicht, dass auf meinem familienpolitischen Wunschzettel eines ganz oben steht: der Sieg dieses zweiten Szenarios.

Der ökonomische Individualist steht vor dem Gedanken, ein Leben mit Kindern zu führen, wie vor einem Störenfried.

Wie steht es nun aber um die hartnäckigen Vorbehalte der Individuen, die auf den Primat des Eigennutzes erpicht sind? Wie steht es um den schleichenden Verdacht, dass man das eigene Wohlergehen für das Kind opfert? Von Eltern hört man immer wieder Klagen über die alltäglichen Lasten, die vielfältigen Benachteiligungen, denen sie ausgesetzt seien. Wer sein persönliches Opfer derart in den Vordergrund stellt, erweist der Sache der Familie allerdings einen schlechten Dienst. Bei dieser Opferrhetorik fällt unter den Tisch, dass es sich bei der Elternschaft gar nicht nur um eine Pflichtübung, einen Opfergang, eine Tour der Leiden handelt. Die Belastungen werden im – ziemlich häufigen – Glücksfall überstrahlt durch die überraschende Beanspruchung, die hinreissende Verunsicherung, die Bejahung, die man den Kindern – und dem Leben mit ihnen – entgegenbringt. Sie hat etwas Unverfrorenes, Überschwängliches.

Nicht die «Auflösung», sondern die Verwandlung der Familie tut der Gesellschaft gut – und den Menschen, die in ihr leben. Wenn die Fixierung auf den Eigennutz gebrochen ist, hört man auf, als Wunschmaschine immer höher zu drehen, man findet Zugang zu jenen kostbaren Erfahrungen, in denen man über seine eigenen Grenzen hinauskommt. So ist beim Thema Familie durchaus auch ein bisschen Schwärmen und Schwelgen erlaubt.

Gleichwohl muss man das Bewusstsein wachhalten für die Schwierigkeiten, die mit der Transformation der Familie verbunden sind. In der Vergangenheit war es – anders als manche Nostalgiker sich dies ausmalen – nicht so, dass es heile Familien in rauhen Massen gegeben hätte. Dies wird auch in Zukunft nicht so sein. Jeder müht sich in seinem Kopf, in seinem Umfeld um die Vereinbarkeit verschiedener Lebensziele; dies ist ein Kunststück, das oft nur unter grossen Mühen gelingt oder auch scheitert. Entsprechend wird auch die Zahl der Patchworkfamilien weiter wachsen, die Vervielfältigung von Familientypen sich fortsetzen. Neue Partner werden zu Zweitvätern oder -müttern, schon heute hört man Kinder sagen, sie hätten vier Eltern und acht Grosseltern. Manche Paare sind derart heftig damit beschäftigt, die Verteilung von Pflichten auszuhandeln, dass ihnen neben langen Streitereien gerade noch die Zeit zur Erledigung dieser Pflichten bleibt, nicht aber mehr die Zeit zum gemeinsamen Genuss des Lebens. Viel zu viel Energie wird auf Nebenkriegsschauplätzen verschwendet, während es doch in der Hauptsache gar nicht um Krieg geht, sondern um Liebe.

Die Symptome der Erschöpfung sind im Zeitalter der Emanzipation unübersehbar. Und doch sind diese Symptome nicht Anzeichen einer Rückkehr zur alten Ordnung, sondern Vorzeichen eines Wandels des privaten Lebens – eines Wandels, der auf ganz spezielle Weise der schöpferischen Zerstörung in der Wirtschaft Konkurrenz machen kann.

DIETER THOMÄ, geboren 1959, ist Professor für Philosophie an der Universität St. Gallen und Autor u.a. von «Eltern. Keine Philosophie einer riskanten Lebensform» (2002) und «Väter. Eine moderne Heldengeschichte» (2008).

Staatliche Betreuungsplätze, Mittagstische, Schulobligatorium, Alimenten-Regelungen – der Staat mischt sich in die Aufgaben der Familien ein. Wie sieht dies die neue, junge Elterngeneration?

# (5) Das neue Familienbewusstsein

Karin Fagetti

Wie sind Heranwachsende zu erziehen? Welche Rollen spielen dabei die Beziehungen zwischen den Generationen – und der Staat? Wie sieht sich das Individuum als Teil der Gesellschaft? Was ist seine Aufgabe als Bürger? Wie immer man diese Fragen im einzelnen beantworten mag und unabhängig davon, ob man nun Kinder hat oder nicht, wird man ständig mit ihnen konfrontiert. Sie gehören zu den drängendsten Fragen der Gegenwart. Und dennoch – sie sind so alt, wie unsere Erinnerung zurückreicht.

Dass der Staat bei all diesen Fragen schon früh mitmischte, zeigt ein Blick in die Geschichte. Seit Sparta gab es Schwanken zwischen Wohlwollen und Brutalität, zwischen staatlich gewährtem Privatismus und gezielten Versuchen, Familien und ihr subversives Potential aufzulösen. Über das Verhältnis der Spartaner zu ihren Familien schreibt der Pädagoge Rudi Palla:* *«Die Erziehung war es, die der sagenhafte Lykurg ‹als die grösste und wichtigste Aufgabe eines Gesetzgebers› betrachtete; aus diesem Grund lag sie auch in den Händen des Staates und hatte Gewöhnung an streng militärischen Gehorsam, Disziplin, Selbstbeherrschung und äusserte Abhärtung zum Ziel.»*

Soll aus einem Kind ein Mensch oder ein Bürger werden? Beides sei nicht möglich, meinte Jean-Jaques Rousseau. Oder doch? Hielt der Patriarch in der bürgerlichen Familie des 18. Jahrhunderts durch Alleinherrschaft seine Sippschaft zusammen, wurde das Arbeiterkind während der Industrialisierung als Billigstlöhner eingesetzt, so begann vor rund 200 Jahren ein anderer Faktor das Verhältnis von Familie, Individuum und Staat nachhaltig zu beeinflussen: die urliberale Forderung nach Bildung für alle.

Es waren aufklärerische Kräfte, die die Bildung dem kirchlichen Klammergriff entrissen. Es waren Liberale, die den wachsenden Ansprüchen von Gewerbe, Handel und Industrie entgegenkommen und mit der hartnäckigen Forderung nach obligatorischer, vom Staat sichergestellter Ausbildung allen Kindern aus allen Schichten Zugang zu Bildung ermöglichen wollten. Es waren liberale Aufklärer, die damit die Autonomie der Familienpatriarchen in Frage stellten. Sie setzten das Schulobligatorium durch und verliehen der Schule die Aura einer – in der Schweiz bis heute anhaltenden – staatlich sanktionierten Institution. «Der liebe Gott weiss alles und der Herr Lehrer noch ein bisschen mehr», hiess es mehrdeutig und ironisch gefärbt noch während meiner Kindheit auf dem katholisch geprägten Land. Es waren Liberale, die, mit einer neudefinierten Ausbildung ohne starke religiöse Schlagseite, aus den Menschen erst jene Staatsbürger machten, auf die ein demokratischer Staat baut – und auf die er angewiesen ist.

So kam es, dass das staatliche Schulobligatorium zunehmend den Familienalltag prägte. Eltern konnten ihre Kinder nicht mehr als Arbeitskräfte einsetzen, sondern mussten sie gewaschen, gekämmt und guternährt zur Schule schikken. Und waren die langen Sommerferien früher noch Zugeständnisse an den bäuerlichen Alltag, verschwanden die «Heuferien» irgendwann vom Stundenplan.

Sosehr die Familie heute als Glücksbringer und Privatsache, und die Erfindung der Kindheit als wesentlicher Schritt in die Familie der Moderne betrachtet wird, sosehr war sie lange Zeit geprägt von ökonomischen, gesellschaftlichen und moralischen Zwängen. Steile Hierarchien, die Macht und Besitz den Ältesten zuhielten und jüngere Geschwister meist zu Mägden und Knechten degradierten, prägten Familien und deren Beziehungen zwischen den Generationen. Der private Raum war kein Schonraum, sondern mitunter voller Ungleichheit, Kinderfeindlichkeit und Frauenverachtung. Der Staat verweigerte Frauen bis weit ins 20. Jahrhundert hinein ihre gesetzliche Gleichstellung mit den Männern, schränkte ihren Handlungsspielraum ein und war auch damit mehr als nur Pinselhalter bei der Kreation von Familienbildern.

Der Aufstieg der Markt- und Kontraktgemeinschaft bedeutete den Niedergang des patriarchalen Hauskommunismus. Arbeitsteilige Geldwirtschaft und moderner Rechtsstaat haben dem Individuum erst auf die Beine geholfen und

* Rudi Palla: «Die Kunst, Kinder zu kneten». Eichborn: Frankfurt a. M., 1997.

seine Freiheit gefördert. Seither sind Freiheit und Individualität einerseits und Familie und Staat anderseits unauflöslich miteinander verwoben.

Die Familie (oder der Staat) erlaubt es einem Individuum, sich zu realisieren, doch zugleich beschneidet die Familie (oder der Staat) dessen Autonomie. Es ist die Ambivalenz dieser Verbindung, die heute ins Bewusstsein gerade junger Menschen drängt – freilich ohne sie zu ängstigen. Sie plazieren, ohne am Grundsatz ihrer Individualität zu rütteln, die Familie wieder weit oben. Repräsentative Befragungen («Shell»-Jugendstudien aus den Jahren 2002 und 2006) zeigen: eine Mehrheit ist der Meinung, dass es zum Glücklichsein eine Familie brauche. Junge Menschen, konfrontiert mit einer Welt, die sich wie ein Spiegelkabinett präsentiert, suchen in der Familie Verlässlichkeit und Stabilität. Sie hoffen auf eine Familie, die nicht ständig eine Neudefinition des Lebensentwurfs erfordert. Die jungen Leute stehen heute nicht mehr auf dem scheinbar unverrückbaren Felsen, von dem aus ihre Eltern noch Revolution machten, und müssen früh lernen, auf dem schwanken Untergrund der Vielleicht-so-oder-doch-anders-Gesellschaft zu stehen. Weil jedes Individuum seines eigenen Glückes Schmied sein und in diesem Sinne «Gewinnmaximierung» betreiben soll, kann oder will, wächst der Wunsch nach einem Ort, an dem es in seiner Schwäche und Begrenztheit akzeptiert ist, an dem es Erfüllung seiner Sehnsucht nach einer Solidargemeinschaft findet, von der es bedingungslos getragen wird.

Diese junge Elterngeneration sagt von sich selbst: ich bin ich, weil ich viele bin.

Wie sehr eine Solidargemeinschaft trägt, zeigt die menschliche Energiebilanz. Täglich erbringen millionenfach Menschen solidarische Leistungen für ihre Kinder, Enkel, Eltern oder Grosseltern – ohne nach finanzieller Entschädigung oder staatlicher Unterstützung zu schielen. Würde man die Familienmitglieder nach dem Warum ihres grossen Engagements fragen, würden sie vermutlich antworten: einfach darum.

Und wie steht der Staat heute zur Familie? Der moderne Wohlfahrtsstaat gesteht den Alleinerziehenden Alimentenbevorschussung zu; er gibt feministischen Kämpferinnen recht, die sich gegen das gemeinsame elterliche Sorgerecht als Regelfall wehren; er stellt ausserhäusliche Betreuungsmöglichkeiten bereit, wobei er zugleich Eltern und deren Kinder seiner Bildungsidee unterwirft; er finanziert seit 1948 ein Altersrentensystem. Kurz, der Staat ist auch heute – oder gerade heute – mehr als ein Pinselhalter für die Familienbilder.

Es wird zuweilen behauptet, dieses Staatsengagement führe zu einer Entsolidarisierung der familiären Gemeinschaft. Dies lässt sich freilich nicht belegen. Grosseltern übernehmen, begünstigt durch die demographische Entwicklung und ihre gesundheitliche Verfassung, heute nach wie vor ein Gutteil der anfallenden Enkelbetreuung. Und Eltern – zu 80 Prozent Frauen – leisten unentgeltlich Pflegearbeit für ihre Angehörigen.

Vielmehr haben die jungen, zugleich individualistisch und solidarisch orientierten Eltern von heute ein unverkrampftes Verhältnis zum Staat. Wenn ein junger, gutausgebildeter Familienvater mir sagt, die staatlich mitgetragenen Betreuungsangebote und neuen Schulstrukturen mit Mittagstisch und Blockzeiten hälfen seiner Familie, finanziell auf die Beine zu kommen, weil dadurch seine Frau ihrer Teilzeitberufstätigkeit besser nachgehen könne; diese Lebensform machte sie alle vielfältiger und reicher, wobei ihr Leben dadurch aber nicht unbedingt entschleunigt oder seiner Familie gar die Erziehungsverantwortung abgenommen werde – wenn er also all dies sagt, dann zeugt das von einem neuen Familien- sowohl als Staatsbewusstsein.

Man nimmt hin, dass der Staat die Kinder unterstützt. Man nimmt vom Staat und seinen Steuerzahlern, was man für seine Familie braucht – aber nur, wenn es ins eigene Lebens- und Familienkonzept passt. Ein Beispiel: in Rapperswil-Jona besuchen fast 500 Kinder den unentgeltlich zu Verfügung stehenden Mittagstisch. Ein Kind besucht ihn aber kaum zweimal pro Woche. Die neue, junge Elterngeneration zeigt damit, dass sie ein unverkrampftes Verhältnis zum Staat pflegt. Oder eben ein ambivalentes.

Diese junge Elterngeneration sagt von sich selbst: ich bin ich, weil ich viele bin. Sie definiert sich über Leistung. Und über Eigenverantwortung. Auch für solidarische Leistungen in der Familie – auch ohne staatlichen Sukkurs. Aber manchmal eben auch mit staatlichem Sukkurs.

KARIN FAGETTI, geboren 1968, ist freie Publizistin in St. Gallen und Co-Autorin von «Glücksfall Alter» (2008).

Familienpolitik hiess früher meist Geburtenpolitik. Inzwischen steht die Chancengleichheit der Frauen im Vordergrund. In Zukunft muss die Rolle des Mannes neu überdacht werden.

# (6) Familienpolitik für alle

Daniela Lepori & Jürg de Spindler

Bei Familienanliegen ist das Verhältnis zwischen Staat und Individuum, zwischen der Legitimität staatlicher Einflussnahme und den Grenzen der Privatsphäre eine besonders heikler Punkt. Inwieweit soll oder darf der Staat das Leben von Männern, Frauen und Kindern familienpolitisch beeinflussen? Und welche Ziele möchte man mit welchen spezifischen Instrumenten erreichen?

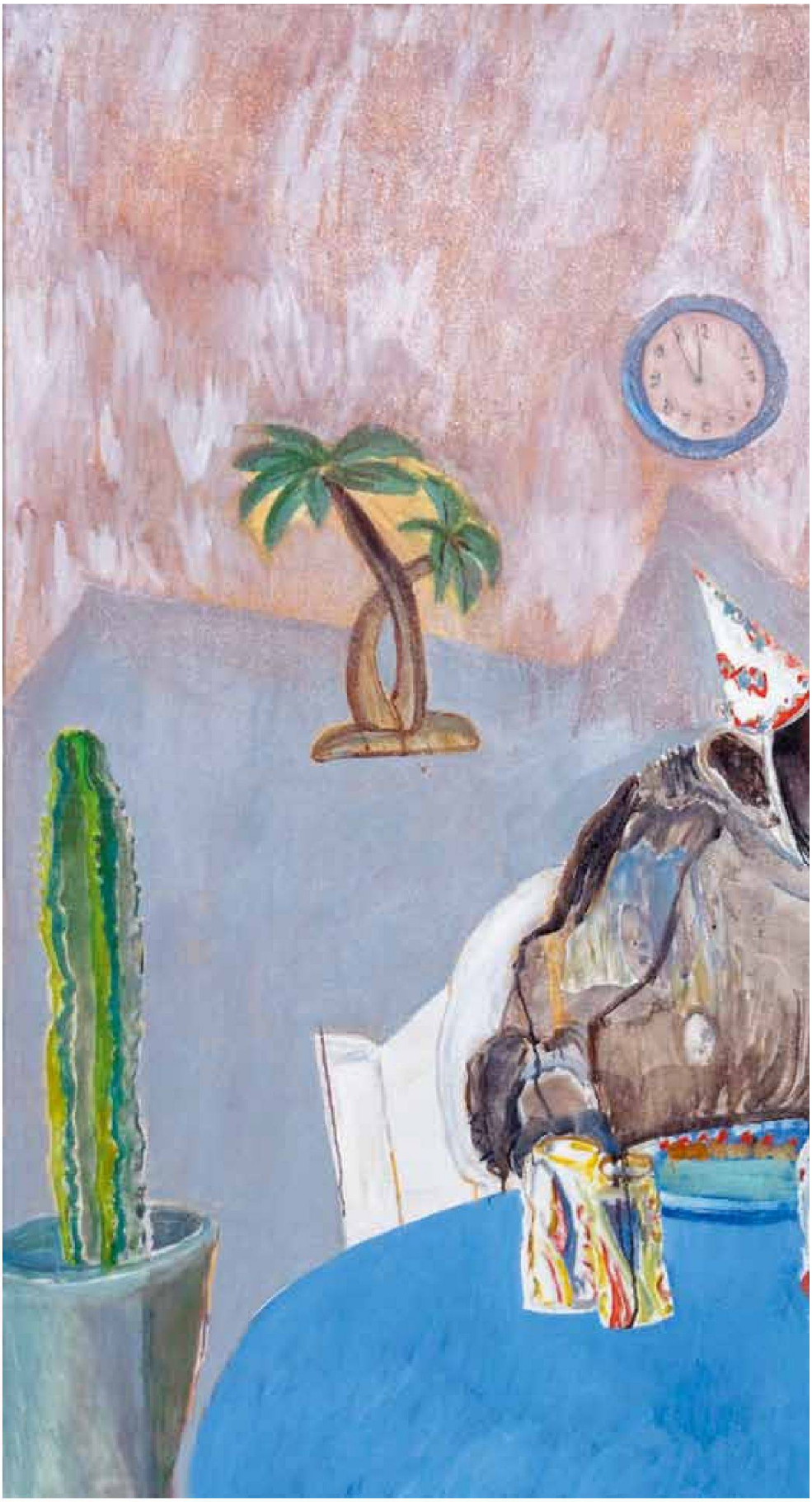
Im Rückblick auf das vergangene Jahrhundert in Westeuropa, war eine möglichst grosse Geburtenzahl Ziel der Familienpolitik: zu Kriegszeiten wurde Familie und Kinderreichtum propagiert; im Zentrum stand der männliche Nachwuchs. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei. Heute dienen familienpolitische Massnahmen primär der Chancengleichheit von Frauen und damit der Integration, der Gleichstellung und Wahlfreiheit. Dass damit neuerdings eine höhere Geburtenrate einhergeht, gehört zu den erfreulichen Zufällen politischer Intervention. In Europa lässt sich seit Mitte der 1980er Jahre ein positiver Zusammenhang zwischen Frauenerwerbstätigkeit und Anzahl der Geburten beobachten.

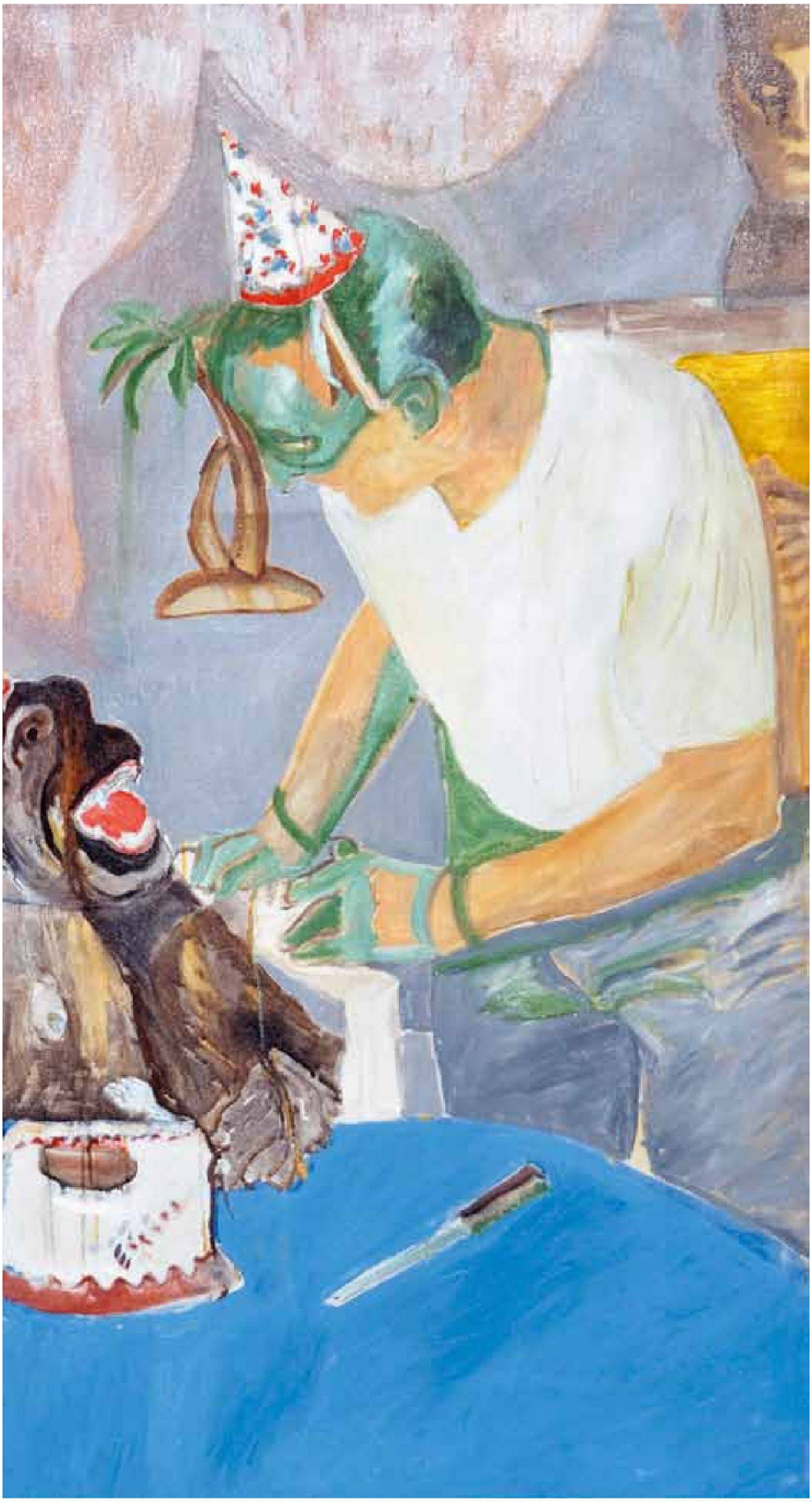
Es ist notwendig, die staatliche Familienpolitik an die Veränderung der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse anzupassen. Gerade weil die Familienpolitik – vielleicht mehr als andere Politikbereiche – die Schnittstelle zwischen Privatsphäre und staatlicher Einflussnahme in sehr heiklen Belangen – bis hin zu Zeugungs- und Erziehungsfragen – berührt, ist es notwendig, die Wirkungen staatlicher Massnahmen mit Blick auf die angestrebten sozialpolitischen Ziele sehr genau zu analysieren. Bei der Entwicklung und Einführung zusätzlicher familienpolitischer Massnahmen ist deshalb nicht nur der kulturelle Kontext im Auge zu behalten, sondern ebenso der ordnungspolitische Rahmen zu berücksichtigen. Aus ordnungspolitischer Perspektive stellen sich im Zusammenhang mit familienrelevanten Themen unter anderen folgende Fragen: Inwieweit werden die familienpolitischen Anliegen schon durch die Bildungs-, Steuer- und Finanzpolitik abgedeckt? Wie kann der offenbar vorhandenen Nachfrage – etwa nach familienexterner Betreuung – durch den privaten Sektor entsprochen werden, bevor der Staat interveniert? Welche sozialpolitischen, baulichen oder sonstigen Hürden existieren, die Chancengleichheit, Gleichstellung oder Wahlfreiheit behindern, und wie könnten sie beseitigt werden?

In Europa findet sich etwa folgende familienpolitische Landschaft. In den südeuropäischen Ländern, wie Italien oder Spanien, gibt es praktisch keine Familienpolitik, wenn man darunter nennenswerte staatliche Anstrengungen versteht, die sich auch finanziell messen lassen. So lagen die Staatsausgaben für familienpolitische Massnahmen im Jahr 2005 in Italien bei etwa 0,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Dies hängt damit zusammen, dass in Südeuropa die traditionelle Familienstruktur hochgehalten wird. Entsprechend dominiert immer noch das Ernährermodell, bei dem die arbeitenden Frauen sozial und ökonomisch einen deutlichen Wettbewerbsnachteil erleiden, wenn sie sich für ein Kind entscheiden, sodass der Mann die Rolle des alleinigen Ernährers übernimmt.

Europäische Spitzenreiter in Sachen Familienpolitik sind die skandinavischen Länder. Ihr Familienmodell orientiert sich primär an der Gleichheit der Geschlechter, bei der Frau und Mann die gleichen Rechte und Pflichten im Berufs- und Familienleben haben. Dieses sogenannte *Adult-Worker*-Modell wird mit zahlreichen staatlichen Massnahmen unterstützt, deren Schwerpunkt in Infrastrukturen liegt, vor allem umfassenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und ältere Pflegebedürftige. In Dänemark besuchen neun von zehn Kindern die Kinderkrippe; und in drei von vier Familienhaushalten gehen sowohl die Väter wie auch die Mütter einer beruflichen Tätigkeit nach.

Gleichsam in der Mitte zwischen Norden und Süden gibt es liberale Länder, zu denen etwa





«Cheetha's Geburtstag», Öl/Leinwand, 140 x 150 cm, 2008

Grossbritannien und die Schweiz gehören. Diese Länder betrachten die Familie und ihre innere Organisation als Privatangelegenheit, weshalb der Staat kaum in die familiären Verhältnisse eingreift. Er beschränkt sich primär auf monetäre Leistungen sowie die Sicherung des Existenzminimums. In der Schweiz geschieht dies durch Familienzulagen, Steuerabzüge, Stipendien, die Leistungen der Mutterschaftsversicherung oder Bedarfsleistungen für Eltern. Nichtmonetäre Massnahmen, wie die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Beratungsdienste, werden eher der privaten Initiative und den Arbeitgebern überlassen oder aber nach dem Prinzip der Subsidiarität den Gemeinden überantwortet.

Diese Unterschiede der drei familienpolitischen Konzepte zeigen sich am deutlichsten in der Aufteilung der zur Verfügung stehenden staatlichen Gelder, auf direkte Transfers an die Familien einerseits und Investitionen in die öffentliche Infrastruktur anderseits. Die Schweiz wendete 2005 1,2 Prozent des Bruttoinlandprodukts für familienpolitische Massnahmen auf, davon 85 Prozent in Form finanzieller Leistungen und nur 15 Prozent für Kinderbetreuungseinrichtungen. In Dänemark, das im selben Jahr 3,7 Prozent seines Bruttoinlandprodukts aufwendete, flossen 60 Prozent der Gelder in Betreuungsinfrastrukturen und nur 40 Prozent als monetäre Transfers. Und in Italien, das nur 0,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts in die Familienpolitik investiert, geht fast die gesamte Summe in die Transfers.

Noch immer gehört für männliche Angestellte und insbesondere solche in Kaderpositionen volle Verfügbarkeit zum Standard.

Als Folge der Globalisierung ist zur Zeit jedoch eine zunehmende Angleichung zwischen den Ländern festzustellen, da die Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen überall zunimmt und das Kinderkrippenangebot in ganz Westeuropa erweitert werden soll. Was diese Länder tendenziell unterscheidet, ist die Frage, ob die Betreuungseinrichtungen für die Kinder eher durch staatliche Hilfe oder über Privatinitiativen finanziert werden sollen.

Durch die demographische Entwicklung der «doppelten Alterung» – weniger Geburten bei gleichzeitiger höherer Lebenserwartung – wird Westeuropa schätzungsweise ab 2012 mit Arbeitskräfteknappheit zu kämpfen haben. Keine Gesellschaft kann es sich unter diesen Umständen leisten, auf gutausgebildete Frauen zu verzichten. Massnahmen wie beispielsweise die Teilzeitarbeit für junge Väter gewinnen deshalb an Bedeutung.

Teilzeitarbeit ist nach wie vor eine Frauendomäne: vier von fünf dieser zeitlich reduzierten Stellen sind von Frauen besetzt. Immer mehr junge Väter wollen eine aktive Rolle im Familienmanagement und in der Kindererziehung spielen. Entgegen ihren Wünschen werden sie jedoch von Unternehmen nur selten teilzeitangestellt. Noch immer gehört die volle Verfügbarkeit männlicher Angestellter und insbesondere der Kader zum Standard. Doch gerade junge Väter, die – zumindest vorübergehend – auf Teilzeit hinunterfahren, bleiben nicht bloss ihrem Unternehmen loyal verbunden – da sie an einer Festanstellung interessiert sind –, sondern sie gewinnen durch ihre Familienarbeit ebenfalls Gelegenheit, jene an den Frauen so geschätzten *soft skills* praktisch zu lernen. So gesehen, wäre ein Elternurlaub auch dem Mutterschaftsurlaub vorzuziehen. Eine Flexibilität der öffentlichen und privaten Arbeitgeber gegenüber solchen Familienmodellen wäre daher wünschenswert.

Eng verbunden mit dem Thema der Teilzeitarbeit junger Väter ist dasjenige von Job- und Topsharing. Männer nehmen in den Chefetagen der Wirtschaft noch immer rund 70 Prozent der Plätze ein, während Frauen in über 80 Prozent der Fälle den Hauptanteil an der Hausarbeit leisten. Eine verantwortungsvolle Aufteilung der Führungsarbeit zwischen zwei (oder auch mehreren) Personen ermöglicht es teilzeitarbeitenden Männern und Frauen nicht nur, eine anspruchsvolle Tätigkeit auszuüben, sondern gleichzeitig eine attraktive berufliche Laufbahn und ein befriedigendes Familien- und Sozialleben zu führen.

Firmen, die sich entsprechenden Arbeitszeitmodellen verschreiben, werden bessere Karten haben, wenn es darum geht, qualifizierte und talentierte Arbeitskräfte zu gewinnen. Bei Eltern kann man wegen ihrer auch finanziellen familiären Verpflichtungen davon ausgehen, dass sie solche bevorzugten Arbeitsmodelle nicht leichtfertig aufs Spiel setzen werden.

DANIELA LEPORI, geboren 1981, hat Soziologie studiert und ist Projektmitarbeiterin bei Avenir Suisse.

JÜRG DE SPINDLER, geboren 1969, ist promovierter Ökonom und externer Mitarbeiter bei Avenir Suisse.

Eheschliessung und Ehescheidung, Familienplanung und Mutterliebe, Arbeitsteilung und Kindergrippe: Familiensoziologen sind bei diesen Stichworten um Antworten nicht verlegen. Eine Auswahl historischer Beispiele und aktueller Studien.

# (7) Dreifachsalto mit Sicherheitsnetz

Suzann-Viola Renninger im Gespräch mit François Höpflinger

*Herr Höpflinger, als Familiensoziologe kennen Sie sich aus mit dem Funktionieren der Ehe. 50 Prozent aller Ehen in der Schweiz werden geschieden. Das Armutsrisiko für Frauen ist häufig gross, vor allem wenn sie minderjährige Kinder versorgen müssen. Würde man eine Umfrage durchführen, so würde wohl die Mehrheit die alleinerziehenden Frauen als eine vom Schicksal getroffene Gruppe ansehen. Dieser Auffassung wird jedoch auch widersprochen. Dir Armut sei selbstverschuldet, heisst es, da sich geschiedene Frauen bewusst für ihre Situation entschieden hätten. Eine Entscheidung, die ihnen leichter falle, weil sie wüssten, dass es ein soziales Auffangnetz gibt.*

Man muss hier differenzieren. Studien zeigen, dass alleinerziehende Frauen eine sehr heterogene Gruppe sind. Etwa landen bei weitem nicht alle in der Armutsfalle. Ein Drittel erholt sich relativ rasch und ist nach einer Scheidung sogar besser dran: Probleme fallen weg, das Selbstbewusstsein steigt und beides kann dazu beitragen, dass die Frauen mehr aus sich selber machen, auch wirtschaftlich. Für die verbleibenden zwei Drittel gestaltet sich die Situation nach einer Trennung jedoch tatsächlich deutlich schwieriger.

*Wenn die Hürden der Trennung höher wären, so wie noch vor der Liberalisierung des Scheidungsrechts, wäre dann für diese Frauen der Anreiz nicht grösser, eine Ehekrise durchzustehen?*

Ich frage mich, ob das familiensoziologisch funktioniert. Zwei Beobachtungen sprechen dagegen. Erstens hat die Scheidungsrate in der Schweiz zugenommen, bevor die Scheidungsgesetze liberalisiert wurden. Das Scheidungsrecht hat nur eine Entwicklung nachvollzogen, die in der Gesellschaft zuvor schon stattgefunden hatte. Zweites hat man dort, wo die Scheidungshürden höher sind, wie etwa in Italien, mehr Ehen, bei denen die Partner getrennt leben. Eine striktere Gesetzgebung löst das Problem also nicht.

*Und wie stehen Sie zur der Aussage, dass ein dichtmaschiges staatliches Auffangnetz die privaten Trennungskosten kleinerwerden und daher die Bereitschaft steigen lässt, die Ehe aufzulösen?*

Für die USA hat man klar festgestellt, dass sozialstaatliche Leistungen die Rate der Alleinerziehenden erhöht hat. Ähnliches gilt auch für England. Dort haben Alleinerziehende den Vorrang beim Bezug günstiger Staatswohnungen. Wer bei gleichem Einkommen verheiratet ist, bekommt hingegen diese Wohnungen nur schwer. Damit sind durch Sozialleistungen eindeutig Anreize gesetzt worden, die das Alleinerziehen fördern.

*Gibt es solche Fehlanreize auch in der Schweiz?*

In der Schweiz bieten nur relativ wenige Kantone bedarfsorientierte Leistungen. Wobei man im Blick behalten muss, dass der Wegfall jeglicher Unterstützung langfristig zu mehr Kosten führen würde. Für einen Drittel der Geschiedenen mit kleinen Kindern kann es entscheidend sein, dass die Verarmung abgefedert wird, damit die Frauen wieder auf die Beine kommen, sei es durch Unterstützung seitens der Eltern oder seitens des Staats. Und dann gibt es noch den letzten Drittel, jenen, der längerfristige Probleme hat, unabhängig von der Scheidung. Hier löst die ökonomische Absicherung durch den Staat die persönlichen Probleme nicht, etwa mangelnde Bildung, mangelnde Familienplanung oder eine Mutterschaft, die als Ersatz für eine Ausbildung gewählt wird. Wir haben derart verschiedene Gruppen unter den Alleinerziehenden, dass man da auf ganz unterschiedliche Massnahmen setzen muss. Das ist eine sehr komplexe und nur schwer zu lösende Aufgabe für den Gesetzgeber.

*Also Finger weg von der ganzen Aufgabe? Uud vielleicht sogar wieder nichtstaatlichen Institutionen wie den Kirchen das Feld überlassen, die ja auf diesem Gebiet einen recht reichen Erfahrungsschatz haben?*

Die Kirchen waren und sind noch inflexibler als der Staat. Für sie ging es vor allem darum, die Sexualität der Frau zu kontrollieren.

*Man könnte das auch als eine Form von Familienplanung betrachten.*
Das war nicht die Motivation. Für die katholische und später auch die reformierte Kirche ging es um Macht. In Teilen der Schweiz hatten wir früher gutorganisierte religiöse Diktaturen. Die Stärkung einer ausschliesslichen Zweierbeziehung zwischen Mann und Frau schwächte die bisher bestehenden Sippenstrukturen und Verwandtschaftsbeziehungen. Das war schon im Mittelalter eine bewusste Strategie. Daher wurden viele sippen- und ahnenstärkende Bräuche abgeschafft, von der Kinderheirat über Brautkauf bis zum Ahnenkult. All dies entsprang machttheoretischen Überlegungen, nicht ökonomischen oder fürsorgetechnischen.

*Und die familienpolitischen Massnahmen des Staates…*
…sind für das 19. und frühe 20. Jahrhundert ähnlich zu bewerten. Die staatlichen Strategien waren damals vielfach populistisch, also bevölkerungsbezogen. Man wollte mehr Soldaten und mehr Arbeiter. Man wollte, dass dafür die Kinder gesund aufwuchsen und entsprechende Bildung hatten. Daher hat man die obligatorische Volksschule eingeführt und die Kinderarbeit verboten.

Die Ökonomie war bei der Strukturierung des Arbeitslebens sehr erfolgreich. Doch als man dann in den 80er Jahren die Ökonomisierung auch bei Familienfragen einführen wollte, klappte das nicht.

*Lange her. Und inzwischen?*
Mit der Zeit wurde festgestellt, dass die Integration in die Gesellschaft und die Entstehung einer eigenen Persönlichkeit am besten in ganz kleinen Erziehungsstrukturen geschieht, in Kleinfamilien oder kleinen Gruppen. Alle staatssozialistischen Vorstellungen der Erziehung, wie sie im israelischen Kibbuz oder sowjetischen Erziehungslagern ausprobiert wurden, konnten sich nicht durchsetzten. Da leistet die bürgerliche Familie eindeutig mehr.

*Wenn Sie eine Familienpolitik entwerfen könnten, wie würde diese aussehen?*
Ich würde auf die Kinder schauen, ihr Armutsrisiko vermindern. Mit bedarfsorientierten Leistungen, nicht mit schematischen Lösungen. Mit finanziellen Zuwendungen, die nicht pauschal an die Eltern ausgezahlt werden, sondern direkt die Kinder fördern. Also subsidiär den Kindern dann helfen, wenn sie dies nötig haben. Ansonsten würde ich eine familien- und zivilstandsneutrale Gesetzgebung einführen, bei der die Steuern von der Lebens- und Familienform unabhängig sind.

*Was ist der grösste Fehler der gegenwärtigen Familienpolitik?*
Dass man zu oft in ökonomischen Kategorien denkt. Man hat lange Zeit unterschätzt, wieviel Emotionalität unsere Gesellschaft in die Familie hineingezwängt hat.

*Hineingezwängt?*
Ja, so kann man das formulieren. Es hat eine Art emotionale Aufrüstung der Familie stattgefunden, was etwa im Begriff der «Mutterliebe» deutlich wird. Die Studien der Familienhistoriker zeigen, dass die Mutterliebe ein relativ junges Konzept aus dem 18. Jahrhundert ist. Dass die biologische Mutter für den Säugling und das Kleinkind verantwortlich sei und voll dafür da sein müsse, das haben wir inzwischen so verinnerlicht, dass wir es gar nicht mehr in Frage stellen. In früheren Kulturen war Aufzucht und Erziehung häufiger die Sache der Geschwister, Tanten oder des Gesamtverbands. Erst durch die Idee der Mutterliebe wurde eine Trennung zwischen dem emotionalen Familienleben und dem rationalen Arbeitsleben vollzogen, so wie wir es noch heute kennen.

*Und daher kommt man mit einer theoretisch-ökonomischen Fundierung der Familienpolitik nicht weit, die die Emotionen zu wenig beachtet?*
Genau. Die Ökonomie war bei der Strukturierung des Arbeitslebens sehr erfolgreich. Doch als man dann in den 80er Jahren die Ökonomisierung auch bei Familienfragen einführen wollte, klappte das nicht. Die Emotionen scheren sich nicht um ökonomische Prinzipien; deshalb haben die Analysen der Familienökonomen oft so wenig mit der Realität zu tun.

*In welchen Bereichen lagen denn die Ökonomen so daneben?*
Etwa bei der vorgeschlagenen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau. Die Ökonomie lieferte Begründungen, warum es effizienter sei, wenn die Frauen allein die Hausarbeit machten. Und was die Familienplanung betrifft: rein ökonomisch wäre es das beste, keine Kinder zu haben, sondern erwachsene Leute zu importieren.

*Keine eigenen Kinder aus ökonomischen Überlegungen in die Welt zu setzen, klingt nicht unvertraut. Schliesslich ist oft zu hören, dass sich viele Paare keine Kinder leisten können, weil sie die beiden Einkommen brauchen. Kinder gelten als teuer.*
Das sind vordergründige Argumente. Was wir eigentlich feststellen, ist, dass viele Paare keine Kinder haben, weil sie durch diese auf ein jugendbezogenes Erwachsenenalter und ihr bisheriges Freizeitverhalten verzichten müssten.

*Dennoch wird immer wieder auf die höheren Geburtenraten dort hingewiesen, wo es mehr staatsfinanzierte Kinderkrippenplätze gibt, etwa in den nordischen Ländern.*
Auch für die Schweiz gilt, dass Kantone mit mehr Kinderkrippen eine höhere Geburtenrate haben. Allerdings ist der Einfluss des Staates sehr begrenzt. Einwirken kann er eher auf die Entscheidung, ob ein Paar überhaupt ein Kind bekommt, viel weniger jedoch auf die Anzahl der Kinder. Alle Versuche etwa, Drei-Kind-Familien in Osteuropa zu fördern, sind gescheitert. Massnahmen des Staates können bestenfalls zu einer Steigerung der Geburten von zehn bis fünfzehn Prozent führen, mehr nicht.

*Sie selbst, so ist auf Ihrer privaten Homepage zu erfahren, leben in einer klassischen bürgerlichen Familienstruktur. Sie sind verheiratet, haben zwei Kinder und zwei Katzen.*
Das heisst nicht, dass ich meine, die Ehe müsse propagiert werden. Doch ist interessant, dass trotz allen gesellschaftlichen Veränderungen die Zweierbeziehung ihren hohen Stellenwert behalten und auch in den letzten 30, 40 Jahren keine Abwertung erfahren hat. Die Ehe wird ergänzt durch nichteheliche und gleichgeschlechtliche Formen des Zusammenlebens.

*Warum wurde die bürgerliche Ehe über einen so langen Zeitraum vom Staat propagiert?*
Weil man Armut verhindern wollte. Gerade in den protestantischen Gegenden hatte man sehr klare Vorstellungen, wann die Leute eine Familie gründen dürften, und dies über restriktive Ehebarrieren auch durchgesetzt. Im 18. und frühen 19. Jahrhundert mussten die Menschen in einigen Kantonen ein bestimmtes Steuereinkommen nachweisen, um zu heiraten. Die Ehe wurde geschützt, die ledigen Mütter diskriminiert. Das ging so weit, dass sie das Bürgerrecht verlieren konnten. Rein ökonomisch gesehen, waren diese Regeln damals sinnvoll.

*Rein ökonomisch gesehen, wären sie es noch immer, gäbe es sie auch heutzutage noch?*
Inzwischen haben wir eine individualisierte Gesellschaft. Unter heutigen Bedingungen wären restriktive Eheregeln nicht mehr sinnvoll, weil sie nicht mehr durchsetzbar wären. Sobald private Bereiche wie die Familien- oder Gesundheitsplanung berührt werden, stossen die Interventionen des liberalen Staates an ihre Grenzen.

*Worin sehen Sie denn seine Aufgaben?*
Der Staat kann versuchen, die durch die Individualisierung entstehenden Probleme zu entschärfen. Verhindern kann er die Probleme nicht. Er muss für die Leute, die in unserer konkurrenzorientierten Leistungsgesellschaft abstürzen, ein Sicherheitsnetz aufspannen. Das lässt sich mit dem Zirkus vergleichen. Den Dreifachsalto macht man nur mit Sicherheitsnetz. Verzichtet man auf dieses, dann bleiben die Artisten bei einfachen Übungen. Die Risikozunahme durch die Individualisierung muss durch mehr Absicherungen aufgefangen werden.

*Das ist aber staatstreu formuliert. Das würde übersetzt auch heissen: Kinder sind mehr denn je ein ökonomisches Risiko, deswegen braucht es mehr Krippen?*
Ja, und zwar über Gebühren wie auch Steuermittel finanziert. Da die Frauen mit Hilfe von Kinderkrippen mehr arbeiten können, finanzieren sich die Krippen von selbst. Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass sich staatliche Kinderbetreuung lohnt. Für jeden investierten Franken gibt es 1,4 Franken zurück.

> Viele Paare haben keine Kinder, weil sie durch diese auf ein jugendbezogenes Erwachsenenalter und ihr bisheriges Freizeitverhalten verzichten müssten.

*Nun sind wir dennoch bei rein ökonomischen Überlegungen gelandet. Doch lassen Sie uns von der Familienplanung zur Gesundheit übergehen. Zunehmend rückt der Staat dem Übergewicht zu Leibe. Mehr Bewegung, mehr Obst und Gemüse sollen den Leuten durch verschiedene Programme und Anreizstrukturen nahegebracht werden. Ist der Bürger nicht mündig genug, sich um sich selbst zu kümmern?*
Doch, er ist mündig genug. Aber er ist auch emotional und macht daher Dinge, die mittelfristig für ihn schädlich sein können. Durch die Folgen

der Fettleibigkeit entstehen ja nicht nur Kosten für die Gemeinschaft, weil die Krankenkassenprämien weiter steigen, sondern für den Übergewichtigen selbst sinken Lebensqualität und die Leistungsfähigkeit. Sobald so etwas passiert und dadurch die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft gefährdet wird, muss der Staat intervenieren.

*Ein kritischer Balanceakt zwischen der Wahrung individueller Freiheiten und der Einschränkung zum eigenen Schutz.*
So ist es. In den letzten 200 Jahren hat der Staat immer mehr Regeln eingeführt, beginnend mit den Impfkampagnen, die ja nur funktionieren, wenn alle mitmachen. Dafür hat der Staat sein Machtmonopol eingesetzt und dies gegen den Widerstand von Teilen der Bevölkerung durchgesetzt. Unsere moderne Wirtschaft funktioniert nur mit zufriedenen, gesunden und leistungsfähigen Menschen. Und dafür muss der Statt mehr und mehr sozial- wie auch wirtschaftspolitisch tätig werden.

Im 19. Jahrhundert konnte sich der liberale Staat auf die Kirche, die Zünfte, die Gewerkschaften oder die Gemeinden stützen. Das ist inzwischen verlorengegangen.

*Sie meinen jetzt aber nicht damit, dass nur ein starker Staat der Garant des fortdauernden Glücks einer individualisierten Gesellschaft sein kann?*
Im 19. Jahrhundert konnte sich der liberale Staat noch auf andere Ordnungsstrukturen stützen, wie die Kirche, die Zünfte, die Gewerkschaften oder die Gemeinden. Das ist inzwischen verlorengegangen. Daher ist der Staat eingesprungen und hat mehr und mehr Ordnungsaufgaben übernommen. Wir haben festgestellt, dass eine hohe Lebenserwartung stark auf gesamtgesellschaftliche Strukturen angewiesen ist. Von diesen hängt es ab, ob die Leute 90 Jahre alt werden. Das geht nicht ohne verlässliche soziale Netzwerke und ohne die verlässliche Versorgung etwa mit Energie und Wasser.

*Dazu ist doch nicht zwingend ein mehr und mehr sozial- wie auch wirtschaftspolitisch starker Staat nötig.*
Der Staat muss dies nicht alles finanzieren, doch er muss es regeln. Regelung und Finanzierung sind zwei verschiedene Dinge. Es ist historisch sehr oft so gewesen, dass Fortschritte in Technik oder Medizin gegen den Widerstand der Mehrheit eingeführt wurden. Das gilt für die Agrarmechanisierung ebenso wie für die Hygiene. Übrigens eine relativ junge Errungenschaft. Unsere Zivilisation basiert auf einer sozialen Disziplinierung der Menschen. Das muss nicht immer nur der Staat sein. Die Funktion kann auch ein Unternehmen übernehmen. Früher haben etwa oft die Fabrikbesitzer geschaut, ob sich ihre Arbeiter gut ernährten, richtig kleideten und angemessen wohnten.

*Sie klingen, als ob für den Fortschritt immer eine höhergeordnete Instanz Regeln vorgeben müsse.*
Ich meine, dass dies tatsächlich nötig ist. Für den Fortschritt braucht es den Druck von Eliten. Das urlibertäre Prinzip aus dem 19. Jahrhundert hat keine Zukunft. Doch das Ziel muss bleiben, möglichst viel den Privatinitiativen zu überlassen, sowie den schon erwähnten intermediären Ordnungsstrukturen wie Berufsverbänden, Kirchen, Familien.

*Dabei hat doch gerade die liberale Bewegung die Macht dieser intermediären Strukturen gebrochen und dadurch mehr individuelle Freiheit ermöglicht.*
Ja, das ist ein interessanter Umstand. Die liberale Bewegung hat etwa den Einfluss der Kirche zurückgedrängt und erst nachher bemerkt, dass die dadurch verlorengegangenen Ordnungsstrukturen vom wieder stärkerwerdenden Staat übernommen werden müssen.

*Mir scheint, Sie sehen die Rolle des Staates als zu positiv.*
Aufklärung und wenig Vorschriften. Dort, wo Schäden entstehen, versuchen, sie zu minimieren. Dabei immer die Wirkung im Blick behalten. Keine zu schematischen Lösungen, sondern bedarfsorientierte Leistungen. Ethisch-verantwortungsvolle Professionalität des Einzelnen statt Kontrolle durch staatliche Bürokratien. Kleinräumigkeit statt Zentralisierung und Gemeindefusionen. Bürgernähe. Eine geringe Regelungsdichte. Hier ist die Schweiz relativ vorbildlich. Wenn man etwa das Schulgesetz von Nordrhein-Westfalen mit dem Schulgesetz von Graubünden vergleicht, dann steht da inhaltlich mehr oder weniger das gleiche drin. Nur dass Deutschland dafür 120 Seiten braucht und Graubünden gerade 12. Das kürzeste Sozialgesetz der Welt ist das von Appenzell Innerrhoden mit nicht mehr als 10 Paragraphen.

FRANÇOIS HÖPFLINGER, geboren 1948, ist Titularprofessor für Soziologie an der Universität Zürich. Er war unter anderem Programmleiter des Nationalen Forschungsprogramms «Alter».

«ohne Titel», Öl/Leinwand, 190 x 122 cm , 2007